

21. März 2003

Jahrgang 1

Ausgabe 1



SONDERSEITE AUS AKTUELLEM ANLASS

IRAKKRIEG ERFORDERT STARKE FRIEDENSBEWEGUNG

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Krieg gegen den Irak hat begonnen. Diese dramatischen Ereignisse lassen alle innenpolitischen Probleme plötzlich in den Hintergrund treten.

Wir sind uns wohl alle einig: Der Tag des Kriegsausbruches ist ein schwarzer Tag für die Diplomatie und das Völkerrecht. Er stimmt uns alle betroffen und hilflos.

Ein militärischer Einsatz bedeutet immer ein Versagen der Politik. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung – allen voran Kanzler Gerhard Schröder und unser Außenminister Joschka Fischer – gemeinsam mit Frankreich, Russland und vielen anderen Staaten alle denkbaren Anstrengungen für eine friedliche Abrüstung des Irak unternommen hat, haben diese Bemühungen trotz überwältigender internationaler Zustimmung keinen Erfolg gezeigt.

Wir bedauern zutiefst, dass verfügbare friedliche Alternativen zur notwendigen Entwaffnung des Irak nicht ausgeschöpft wurden.

„Der Krieg zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht das letzte Mittel, die friedlichen Alternativen wurden nicht vollständig ausgeschöpft.“

S a d d a m Hussein ist ein Diktator, und sein Terrorregime verdient keine Unterstützung. Aber das ohnehin notleidende irakische Volk wird das erste Opfer dieses Konfliktes sein. Die Entwaffnung des Irak durch die VN-Waffeninspektoren hat gewirkt.

Ein Krieg zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht das letzte Mittel, sondern etabliert wieder militärische Optionen als Instrument der Politik – ein Instrument, welches die Weltgemeinschaft in den letzten Jahren vermeintlich überwunden hatte.

Es ist nun unser Ziel, alle uns verbliebenen politi-

schen Mittel zu nutzen, um die Auswirkungen des Konfliktes zu mildern und eine humanitäre Katastrophe sowie eine weitere Eskalation des Krieges zu verhindern.

Das irakische Volk, das für den Konflikt nicht verantwortlich ist, bedarf jetzt dringend unserer Hilfe. Zudem muss die Politik die ins Wanken geratenen Koordinaten der Sicherheitspolitik wieder zurechtrücken. Wir müssen mit aller Kraft erreichen, dass der Schaden, der an internationalen Institutionen entstanden ist, wieder behoben wird. Die multilateralen Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, müssen wieder die ihnen zugedachte Rolle erhalten.

„Der weltweiten Friedensbewegung kommt nun eine Schlüsselrolle zu. Wir fordern Euch auf, sie nach Kräften zu unterstützen.“

Bei aller berechtigten Kritik an der US- sowie der britischen Regierung dür-

fen wir uns in dieser Frage nicht von unseren Emotionen leiten lassen. Wir müssen unsere Partner schnellstens überzeugen, dass alleine der diplomatische Weg die Antworten auf die globalen Fragen des 21. Jahrhunderts geben kann.

Der weltweiten Friedensbewegung, vor allem der amerikanischen, kommt nun eine Schlüsselrolle zu. Der Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden. Wir fordern euch alle auf, die internationale Friedensbewegung nach Kräften zu unterstützen und aktiv zu werden.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sollten jetzt bei allen Menschen sein, die nun unmittelbar oder mittelbar von dem Konflikt betroffen sind: Den Zivilisten sowie den Soldaten und deren Angehörigen.

21. März 2003

Jahrgang 1

Ausgabe 1



SÜDWEST GRÜN

Liebe Freundinnen und Freunde,



Alex Bonde, Jahrgang 1975, ist Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe der Grünen im Bundestag.

SÜDWEST GRÜN, das sind die neun baden-württembergischen Grünen im Bundestag.

SÜDWEST GRÜN heißt unser neuer Rundbrief, mit dem wir über unsere Arbeit in Berlin informieren. Unser Ziel ist, die grüne Politik aus der Bundestagsfraktion transparenter zu machen, indem wir euch regelmäßig von wichtigen Themen und Debatten der Fraktion be-

richten. Dabei können wir natürlich nicht alle Themen ausführlich behandeln, aber mehr Infos gibt es unter www.gruene.de.

In dieser, der ersten, Ausgabe stellen sich alle MdBs aus Ba-Wü mit ihren Aufgabengebieten selbst vor. Im Servicekasten findet ihr die wichtigsten Telefonnummern und AnsprechpartnerInnen für die Abgeordnetenbüros. Im Gastinterview diesmal:

Die neue Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Außerdem: Verschiedene Kurznachrichten über aktuelle Entscheidungen und Ausführliches zum Bundesverkehrswegeplan. Auf der letzten Seite findet ihr Infos, wo und wie der Newsletter zu beziehen ist. Weiterleiten erwünscht!

Viel Spaß bei der Lektüre!
Euer Alex Bonde

IM INTERVIEW: Katrin Göring-Eckardt

In dieser Ausgabe:

<i>Interview mit Göring-Eckardt</i>	2
<i>Die MdBs aus Ba-Wü stellen sich vor</i>	4-8
<i>Linkliste Irakkrieg</i>	8
<i>Dosenpfand gegen Verpackungswahnsinn</i>	9
<i>Grüne Verkehrswünsche</i>	10
<i>Haushalt ohne Neuverschuldung</i>	11
<i>SÜDWEST GRÜN Wer, wie, was und wo?</i>	12

Belastet der Krieg im Irak dich als Politikerin?

Da geht es mir als Politikerin wie den meisten Menschen in Deutschland und vielen anderen Ländern. Natürlich berührt mich der Gedanke an die Auswirkungen eines solchen Krieges und seine Folgen für die Menschen im Irak.

Hat der Anti-Kriegs-Kurs der Koalition das deutsch-amerikanische Verhältnis irreparabel beschädigt?

Nein. Wir führen eine Auseinandersetzung in einer sehr grundsätzlichen

Frage, nämlich der von Krieg und Frieden. Die US-Regierung hat diesen Streit selbst mit heftigen Worten angeheizt. Ich erwarte nicht, dass deshalb das deutsch-amerikanische Verhältnis in Frage gestellt wird. Dafür sehe ich auch keine Anzeichen. Man sollte nicht vergessen, dass jenseits der politischen Auseinandersetzung die Zusammenarbeit weiter hervorragend funktioniert – etwa im Wirtschaftsaustausch. Auch wenn nun viele Unkenrufe zu hören sind: Diese Bindungen sind sehr stabil, die werden von den der-

zeit aufwallenden Emotionen nicht wirklich tangiert.

Bleibt der Koalition angesichts der Irak-Krise überhaupt Zeit und Energie für die innenpolitischen Reformen?

Die müssen wir uns nehmen. Natürlich ist die öffentliche Wahrnehmung derzeit sehr auf die Außenpolitik konzentriert. Aber es ist zwingend, dass wir in den innenpolitischen Fragen weiterkommen. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Sommer auf mehreren wichtigen Feldern Gesetzent-

würfe vorzulegen: Arbeitsmarkt, Gesundheit, Mittelstandsförderung, Gemeindefinanzen. Das ist ein ambitioniertes, aber notwendiges Programm.

Die Mehrheit der Bevölkerung findet die Irak-Politik der Koalition richtig. Bei den innenpolitischen Diskussionen erwartet euch mehr Widerstand. Wie wollt ihr das bewerkstelligen?

Uns ist klar: Wir haben sehr unbequeme Entscheidungen zu treffen. Eine der unbequemsten Entscheidungen etwa wird es sein, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen zu legen. Das betrifft sehr viele Menschen, mehr als eine Million, bringt manchen Verbesserungen und manchen Verschlechterungen. Ich bin überzeugt, dass diese Reformen eine breite Akzeptanz finden, wenn klar wird, worum es geht. Im Kern aller unserer Bemühungen steht die Frage nach Gerechtigkeit.

Manche halten die anstehenden Reformen für ziemlich ungerecht.

Gerechtigkeit darf sich nicht auf die beschränken, die bereits einen Arbeitsplatz haben, sondern gilt auch für die, die draußen sind. Gerech ist, sich um die zu kümmern, die sich nicht selber helfen können. Gerech ist, Arbeitslosen eine Chance zu ge-

ben. Alle anderen müssen wir befähigen, sich selbst zu helfen. Es geht uns um wirkliche Chancengerechtigkeit, und das weit über den Tag hinaus. Wir wollen einen Sozialstaat, der auch in Zukunft Sicherheit bietet, und einen Staat, der Kreativität und Eigeninitiative ermöglicht.

Jetzt wird über eine Lockerung des Kündigungsschutzes diskutiert. Kann das nicht zu massenweise Entlassungen führen?

Wir wollen den Kündigungsschutz erhalten, aber in einigen Punkten flexibler machen. Es kann nicht sein, dass ein junger Unternehmer lieber drei Firmen mit je fünf Beschäftigten gründet, statt eine mit fünfzehn. Selbstverständlich ist es gerecht, dass ein Arbeitnehmer, der 20 Jahre im Betrieb ist, einen umfassenden Kündigungsschutz genießt. Aber es ist nicht gerecht, dass in Deutschland eine halbe Million junge Leute unter 25 ohne Arbeit sind, meist noch nie am ersten Arbeitsmarkt beschäftigt waren. Nur wenn auch die eine Chance bekommen, die heute draußen sind, werden wir wirklich von sozialer Gerechtigkeit sprechen können. Und das wird zu mehr und nicht zu weniger Arbeitsplätzen führen.

Vor kurzem ist das Bündnis für Arbeit gescheitert. Ist die Konsenspolitik am Ende?

Es ist unsere Aufgabe als

Politiker, Reformvorschläge zu machen, die am Gemeinwohl orientiert sind. Dabei können wir es nicht allen gleichzeitig recht machen. Selbstverständlich sind wir weiter gesprächsbereit. Aber jede Seite sollte zunächst einmal bei sich selbst anfangen, über mögliche und nötige Reformen nachzudenken. Daran scheint es mir derzeit oftmals zu mangeln.

Manche stellen sich die Frage, wozu man die Grünen noch braucht. Kann der Kanzler nicht mit Frau Merkel eine informelle große Koalition eingehen?

Ich halte nichts von dem Gerede über eine informelle oder faktische große Koalition. In beinahe allen Reformthemen, die jetzt anstehen, haben wir weitergehendere Vorstellungen als die beiden Volksparteien. Die Senkung der Lohnnebenkosten und die Generationengerechtigkeit sind doch Forderungen, bei denen wir bereits gezeigt haben, dass wir innerhalb der Koalition die Kraft haben, sie auch durchzusetzen. Mittlerweile weiß jeder, dass es nicht damit getan ist, jetzt nur an den verschiedenen Schrauben der Sozialsysteme ein wenig zu dre-

hen. Die Reformen müssen so tief gehen, dass sie über viele Jahre hinweg Wirkung zeigen. Und wir werden da Taktgeber sein. Außerdem setzen wir uns weiterhin für moderne Gesellschafts-, Verbraucherschutz- und Umweltpolitik ein. In diesen Bereichen werden wir in dieser Legislatur die Akzente setzen, um Deutschland zu einem modernen, offenen und ökologischen Land zu machen. Ich will nicht wissen, was eine große Koalition zum Beispiel aus dem Zuwanderungsgesetz machen würde. Da sind wir Grünen gefragt und da werden wir unserer Verantwortung auch gerecht werden.

„Das Gerede über eine informelle große Koalition ist Blödsinn. Die Grünen sind wichtige Taktgeber für Reformen.“

„Gerechtigkeit darf sich nicht auf die beschränken, die bereits einen Arbeitsplatz haben, sondern muss für alle gelten.“



Die gebürtige Thüringerin Katrin Göring-Eckardt, Jahrgang 1966, ist seit 1998 Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, seit 2002 auch Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion. Die evangelische Theologin war Gründungsmitglied von Demokratie jetzt und Bündnis 90 und Mitglied der Verhandlungskommission zur Vereinigung von Bündnis 90 und Die Grünen. Seit Jahren ist sie Landessprecherin der thüringischen Grünen. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Von Freiburg nach Berlin – und immer wieder zurück

Kerstin Andreae

Für mich war immer klar, dass ich mich nur für grüne Politik einsetzen kann und will. Schon neben meinem Studium der Politikologie und der Volkswirtschaftslehre in Freiburg war ich politisch aktiv. Nachdem ich 1996 die Uni mit Diplom abschloss, arbeitete ich zunächst im Bereich Gesundheitsmanagement, später auch als Projektmanagerin im Windkraftbereich.

Im Jahr 2000 wurden mein Partner Marcus und ich dann Eltern von Mauritz.

Mein politischer Werdegang ist eng mit der grünen Hochburg Freiburg verknüpft. Ich war im Vorstand des Kreisverbandes, habe die Grünen Jugend dort und landesweit mit aufgebaut. 1998 habe ich als Pressereferentin und Wahlkampfkoordinatorin den Freiburger Bundestagswahlkampf organisiert.

Einen Freiburger Akzent habe ich dann auch in den Landesvorstand eingebracht. Und seit 1999 war ich als eines von zehn grünen Fraktionsmitgliedern im Freiburger Gemeinde-

rat tätig mit den Schwerpunkten Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Seit ein paar Monaten bewegt sich mein Leben nun zwischen den Polen Berlin und Freiburg hin und her. Ich bin Mitglied sowie grüne Obfrau des Finanzausschusses und stellvertretendes Mitglied des Familienausschusses und der Kinderkommission. Als Kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion steht die Stärkung der Kommunen für mich im Mittelpunkt – und das nicht nur in finanzieller Hinsicht.



Kerstin Andreae

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Sachbearbeitung), Ulrich Metzger (Finanz-, Kommunalpolitik), Tel. 030/227-71480, Fax -76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de
Wahlkreis: Per Klabundt, Haslacher Str. 61, Freiburg, Tel. 0761/88867-13, Fax -14

Grün gegen die geballte Macht der Gesundheitslobby

Biggi Bender

Ein knappes halbes Jahr ist seit meinem Einzug in den Bundestag vergangen. Ich bin Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung und gesundheits-, renten- und drogenpolitische Sprecherin der Fraktion.

In diesem Bereich geht es zur Zeit hoch her. Zuerst die Beratung des Beitragsatzsicherungsgesetzes, das Renten- und Gesundheitsausgaben vor den geplanten großen Reformschritten begrenzen sollte, nun Beratungen für die große Gesundheitsreform.

Da von diesen Vorhaben alle Gruppen im Gesundheitswesen betroffen sind,

und naturgemäß niemand ohne Murren Einsparungen, die den eigenen Geldbeutel betreffen, hin nimmt, steht seit Beginn der Beratungen das Telefon nicht still, Mails und Briefe zu diesem Thema erreichen mich und das Wahlkreisbüro zu Hunderten. Denn, und so ist es im Rahmen einer Arbeitsteilung ja auch sinnvoll, auch alle anderen Abgeordneten geben die Post, die sie zu Gesundheits- und Rentenpolitik erreicht, an mich weiter.

Zur Zeit geistern jeden Tag neue Vorschläge von Mitgliedern der Rürup-Kommission durch die Medien, die wiederum die Journalisten veranlassen,

um Kommentierung aus grüner Sicht zu bitten. Zahlreiche Lobbyisten, die im Sozial- und Gesundheitswesen gut organisiert sind, versuchen, ihre Meinung zu vermitteln.

Hinzu kommen reguläre Fraktions-, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, Podiumsdiskussionen, Termine mit Verbänden, Interessenvertretungen und der Partei ...

Natürlich will ich auch Termine in Stuttgart und im Ländle machen. Den Wünschen nach Einzelgesprächen vor Ort kann ich nicht nachkommen, aber den Dialog mit Grünen und anderen suche ich.



Biggi Bender

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Annette Rausch (wissenschaftl. Mitarbeiterin), Astrid Spiegel (Sachbearbeiterin), Tel. 030/227-71667, Fax -76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de
Wahlkreis: Hermannstr. 5a, Stuttgart, Tel. 0711/26346177, Fax 6151725

Mission Sparen für die junge Generation

Alex Bonde

Seit meinem Einzug in den Bundestag kann ich über Arbeitsmangel nicht klagen. Meine Arbeit in den zwei großen Ausschüssen, dem Haushalts- und dem Verteidigungsausschuss ist extrem herausfordernd. Gleichzeitig ist der Bedarf an grüner Politik hier immens. Ferner engagiere ich mich in der Koordination der baden-württembergischen Landesgruppe und im Landesvorstand für grüne Landesinteressen.

In den ersten Monaten waren die Haushaltsverhandlungen meine Hauptbeschäftigung. Mit Kanzleramt, Bundespresseamt, Justizministerium, Bil-

dungs- und Forschungsmi-
nisterium, Bundesverfas-
sungsgericht und Verteidi-
gungsministerium habe
ich über Umschichtungen
für grüne Projekte und
Ausgabenreduzierungen
in dreistelliger Millionen-
höhe verhandelt. Meine
Mission lautet vor allen
Dingen: Sparen, Sparen,
Sparen. Denn wenn wir
die Haushaltskonsolidie-
rung nicht jetzt anpacken,
bleibt für die zukünftigen
Generationen kein Spiel-
raum mehr. Die Generati-
onengerechtigkeit ist mir
als jungem Abgeordneten
ein zentrales Anliegen.

Die Botschaft klingt ein-
fach, bei der konkreten
Umsetzung ist der Streit

mit der Opposition jedoch
vorprogrammiert. Inzwi-
schen steht der Haushalt
für 2003, aber in unserem
Büro bleibt keine Zeit
zum Verschnaufen:
Schließlich ist da noch der
Verteidigungsausschuss.
Dass die Durchsetzung
grüner Positionen in einer
Koalition mitunter sehr
schwierig ist, verwundert
wohl niemanden. Gerade
beginnt die Debatte über
die neuen sicherheitspoli-
tischen Richtlinien, die
Aufgabe und Struktur der
Bundeswehr bestimmen.

Und dann gibt es noch
viele wichtige Anliegen
und Termine im Land und
im Wahlkreis. Es bleibt
also viel zu tun!



Alex Bonde

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Jutta Albrecht
(Haushalt), Thorsten Arzbach
(Verteidigung), Tina Hüttl
(Presse), Tel. 030/227-71691,
Fax. -76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexbonde.de
Wahlkreis: Marco Dieterle,
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmen-
dingen, Tel. 07641/954545,
Fax. 954546

Mittlerin zwischen Parlament und Regierung

Uschi Eid

Entwicklungspolitik, in-
ternationale Umweltpoli-
tik, Globalisierung, Men-
schenrechte, Frauen und
Afrikapolitik - dieses sind
seit über 20 Jahren politi-
schen Engagements die
Schwerpunkte meiner Ar-
beit – als Bundestagsabge-
ordnete (für den Wahl-
kreis Nürtingen) und als
Parlamentarische Staats-
sekretärin im Bundesmi-
nisterium für wirtschaftli-
che Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ).

Als Mitglied des Bundes-
tages erarbeite ich ge-
meinsam mit den Abge-
ordneten des Arbeitskrei-
ses Internationale Politik
und Menschenrechte und
innerhalb der AG Nord-

Süd Leitlinien grüner Ent-
wicklungspolitik. Meine
Hauptaufgabe als Parla-
mentarische Staatssekretä-
rin (und somit als politi-
sche Vertreterin der Bun-
desministerin wie auch als
Teil der Leitungsebene
des BMZ) besteht in der
Mittlerfunktion zwischen
Parlament und Regierung.
Ich bin deren Vertreterin
für Entwicklungspolitik,
ferner stehe ich im Aus-
schuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit den dort
vertretenen Mitgliedern
aller Parteien Rede und
Antwort über die Arbeit
des Ministeriums – eben-
so in der Fragestunde, in
der Abgeordnete Antwor-
ten auf ihre im Plenum ge-
stellten Fragen erhalten.

Zu meinem Amt gehört
die Verständigung mit po-
litischen Vertretern, Re-
gierungsangehörigen an-
derer Staaten und NROs
über gemeinsame Ziele
bzw. Differenzen in der
Entwicklungs- und Wirt-
schaftspolitik und etwa
bei Demokratie- und Men-
schenrechtsfragen. Seit
Oktober 2001 unterstütze
ich zudem als G8-Afrika-
Beauftragte des Bundes-
kanzlers die reformwilli-
gen afrikanischen Länder
bei der Umsetzung ihres
Afrika-Aktionsplans
(NEPAD-Initiative). Hek-
tisch, arbeitsintensiv, aber
spannend und herausfor-
dernd - so fasse ich meine
politische Arbeit gerne zu-
sammen.



Uschi Eid

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Cordula Hamschmidt
(Globalisierung), Nina Oden-
wälder (Entwicklungspolitik),
Tel. 030/227-71575, Fax -
76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de
Wahlkreis: Martin Steinebrun-
ner, Liftstr. 4, Herrisried,
Tel. 07764/ 9335849, Fax. 415

Mit dem Rad für die Umwelt und Sportförderung antreten

Winfried Hermann

Rot-Grün – der zweite Auftritt, diesmal mit gestärkten Grünen. Gerade Baden-Württemberg hat ein hervorragendes Wahlergebnis für uns gebracht und viele neue Gesichter. Ich kann jedoch mit meinen Themen weitermachen.

Wie bisher werde ich die Fraktion im Sportausschuss vertreten und dabei auf die Förderung von Breiten- und Spitzensport setzen. Es gilt ebenfalls, den Umwelt- und Naturschutzgedanken auch im Sport weiter voran zu bringen. Gerade vor dem Hintergrund der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und einer Bewerbung einer deutschen Stadt um die Olympischen Sommerspiele 2012 müssen

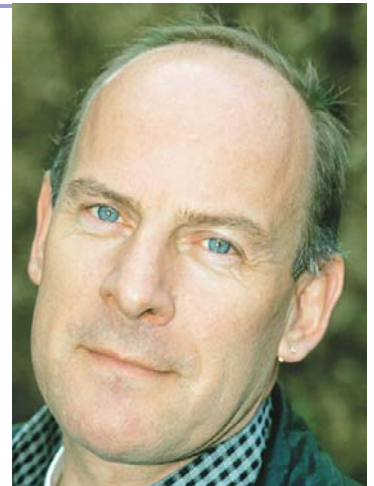
wir die Vorbildwirkung von Sportgroßveranstaltungen für einen "grünen Sport" herausstellen.

Veränderungen gibt es im Bereich der Umweltpolitik. Die Grünen stellen neuerdings vier Mitglieder im Umweltausschuss. In meiner neuen Funktion als umweltpolitischer Sprecher der Fraktion habe ich mehr Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten. Schon in den letzten vier Jahren konnte ich die Nachhaltigkeit in vielen Bereichen der Umweltpolitik etablieren. Bei meinen Fachgebieten Lärmbekämpfung, Wasser- und Bodenschutzrecht sowie bei der Luftreinhaltung setze ich dies fort.

Viel Unterstützung von

den Menschen vor Ort benötige ich als Verkehrsexperte für den Südwesten auch bei den schwierigen Fragen des Bundesverkehrswegeplans. Die Vorhaben, die von der Landesregierung angemeldet wurden, sind leider unrealistisch und nicht finanzierbar. Außerdem will ich den von mir mitinitiierten Masterplan Fahrrad in die politische Tat umzusetzen.

Enorme Bedeutung hat weiterhin das Thema Krieg und Frieden. Die Unübersichtlichkeit der weltpolitischen Entwicklung darf nicht zu einer Militarisierung führen. Das heißt für mich: In dieser Frage werde ich immer wieder aufstehen und mich engagieren.



Winfried Hermann

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt), Michael Baumbach (Termine, Sport), Tel. -71949, Fax -76399

winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

Wahlkreis:

Steffi Hähnlein, Ines Roth, Rümelinstr. 8, Tübingen, Tel. 07071/252757, Fax. 252757

Arbeitsplätze durch grüne Innovationen – kein Problem

Fritz Kuhn

Nach meinem Ausscheiden aus dem Bundesvorstand konzentriere ich mich in meiner Arbeit in der Bundestagsfraktion auf die Wirtschafts- und die Finanzpolitik. Als Leiter der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Arbeit“ koordiniere ich die verschiedenen wirtschaftsrelevanten Themen: von der Globalisierung über die Technikpolitik hin zu Fragen der Investitionen und der sozialen Erneuerung unserer Marktwirtschaft.

Mein Steckenpferd ist weiterhin die Innovationspolitik. Ich bin überzeugt,

dass mit grünen Innovationsideen jede Menge neuer Arbeitsplätze entstehen können.

Als einziger Bundestagsabgeordneter aus Nordbaden will ich in Berlin schwerpunktmäßig diese Region vertreten. Dazu gehört, dass die neue ICE-Strecke über den Bahnknoten Mannheim geht und nicht ein neuer Bypass die Region vom Schienenverkehr abhängt. Dazu gehört ebenso, dass in Obrigheim jetzt begonnen wird, eine Region der neuen Energietechniken zu schaffen, die neue zu-

kunftstaugliche Arbeitsplätze bringt.

Kurz zu meiner Büroorganisation: Marcus Becher ist mein wissenschaftlicher Mitarbeiter, er kümmert sich in erster Linie um inhaltliche Fragen. Boris Dehler koordiniert meine öffentlichen Termine und bewältigt die anfallende Sacharbeit. Und Christian Weis leitet mein Wahlkreisbüro in Heidelberg.

Für Fragen und Anregungen stehen meine Mitarbeiter und ich gerne zur Verfügung.



Fritz Kuhn

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Marcus Becher (wissenschaftl. Mitarbeiter), Boris Dehler (Sachbearbeiter), Tel. 030/227-71896, Fax -76896

fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de

Wahlkreis: Christian Weis, Rohrbacherstr. 39, Heidelberg, Tel. 06221/167611, Fax. 24908

Beauftragter für den Mittelstand und schwäbische Lebensart *Rezzo Schlauch*

Viele werden mich noch aus meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender kennen und wissen, dass ich mich gerne in den verschiedensten Themengebieten streitbar einmische.

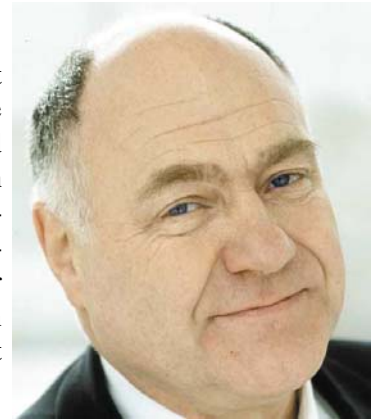
In meiner neuen Position als Parlamentarischer Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung hat sich das nicht geändert. Nur mein Aufgabenbereich konzentriert sich nun viel stärker auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik und dabei insbesondere auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft in Deutschland. Für unser grünes Projekt der

sozialen und ökologischen Modernisierung ist der Mittelstand unser wichtigster Partner. Hier gibt es also viel zu tun. Ich habe kürzlich mit Wirtschaftsminister Clement eine Mittelstandsoffensive 2003 vorgestellt, die wir in diesem Jahr Schritt für Schritt realisieren wollen.

Außerdem wissen natürlich auch viele, dass ich der inoffizielle Beauftragte der grünen Fraktion und insbesondere der baden-württembergischen Landesgruppe für schwäbische Lebensart, gutes Essen und Trinken und das genußfreudige Leben bin. Das hat sich auch mit dem neuen Amt nicht geändert!

Mein Regierungsamt bringt sowohl eine große Anzahl an politischen und repräsentativen Pflichten im und für das Ministerium mit sich als auch Aufgaben im Bereich der Kommunikation zwischen Regierung und Parlament bzw. Grüner Fraktion.

Einen festen Tagesablauf gibt es nicht, doch eines bleibt sich immer gleich: Zwischen Ministerium, Plenum, Fraktion und Wahlkreis ist der Kalender permanent sehr vollgepackt. Das ist zwar bisweilen etwas anstrengend, doch es macht natürlich auch das Leben und die Leidenschaft des "Political Animal" aus.



Rezzo Schlauch

Mitarbeit: Ralph Obermayer (Wirtschaft), Gabriele Schäfer (Sachbearbeitung), Tel. 030/227-71570, Fax -76232 rezzo.schlauch@bundestag.de www.rezzo.de

Wahlkreis: Jutta Parpart, Gelbinger Str. 87, Schwäbisch-Hall, Tel. 0791/94688-95, Fax. -96; Bernd Volkert, Hermannstr. 5a, Stuttgart, Tel. 0711/6153069, Fax. 6751725

Eine starke Stimme für die, die keine Lobby haben *Petra Selg*

Ich richte mein Augenmerk bei der parlamentarischen Arbeit besonders auf den Bereich Gesundheitspolitik mit dem Schwerpunkt Pflege. Kein Wunder, denn ich bin gelernte Krankenschwester und weiß aus der Praxis, wo Politik ansetzen muss, um die Situation für Patienten und beteiligte Berufsgruppen zu verbessern. Darüber hinaus beschäftige ich mich mit allen Aspekten der Gesundheitspolitik und bin Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Im Zuge der anstehenden Gesundheitsreform möchte ich einem möglichst

breiten Spektrum an VertreterInnen aller Interessengruppen zur Verfügung stehen. Dabei ist es mein Anliegen, dass besonders die Stimmen Betroffener, die nicht über eine starke Lobby verfügen, gehört und ihre Belange im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden.

In den sitzungsfreien Wochen bin ich in meinem Wahlkreis Ravensburg/Bodenseekreis anzutreffen. Auch vor Ort erwartet mich ein voller Terminkalender, denn ich nehme mich von der Landwirtschaft über Umwelt und Verkehr bis hin zu meinem Schwerpunktthema

Gesundheit einer Fülle von Themen an, die den Menschen in der Region am Herzen liegen. Wann immer möglich nehme ich mir für Gesprächstermine Zeit und lande dabei schon mal bei den Schnapsbrennern, die in mir eine begeisterte Unterstützerin finden ... Mit viel Engagement setze ich mich für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung der Region ein.

Ich bin stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Tourismus, der gerade für meine Heimatregion ein wichtiger wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Faktor ist.



Petra Selg

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Isabelle Wagner (Gesundheit und Pflege), Ralf Heyder (Gesundheit und Pflege), Tel. 030/227-72038, Fax -76041

petra.selg@bundestag.de
Wahlkreis: Ulrich Bamann, Eujenstr. 57, Friedrichshafen
Tel. 07541/4017-70 Fax. -72

Schadstofforientierung auf Kindernasenhöhe

Antje Vogel-Sperl

Als promovierte Chemikerin lege ich den Schwerpunkt meiner Arbeit im Bundestag auf die ökologische Stoff- und Produktpolitik. Dazu gehört die Stoffpolitik im eigentlichen Sinne. Hier stehen wichtige Veränderungen an. Die EU entwickelt gerade eine neue Chemikalienpolitik, in der die Beweislast bei der Frage nach der Verträglichkeit chemischer Stoffe konsequent den Herstellern aufzuerlegt werden soll.

Weitere umwelt- und verbraucherorientierte Themen schließen sich an – von der Förderung ökologisch verträglicher Baustoffe bis zum viel diskutierten Thema Mobilfunk. Beim Umgang mit Stoffen und Produkten – ob in der Industrie oder im privaten Haushalt – stehen für mich die Auswirkungen auf menschliche Gesundheit und Umwelt im Vorder-

grund. Ganz besonders wichtig sind mir dabei die Belange der Kleinen und Kleinsten unter uns. Gemäß dem Motto „Schadstofforientierung auf Kindernasenhöhe“ will ich mich für die ökologischen Rechte speziell von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Als Mutter liegt mir dieses Thema besonders am Herzen.

Den zweiten Schwerpunkt meiner Arbeit bildet die Abfallpolitik und Kreislaufwirtschaft. Hier hat uns gleich nach der Wahl das Dosenpfand in Beschlag genommen. Spannend sind aber noch viele andere Themen: Die Zukunft des Dualen-Systems, die Beendigung der Deponierung unbehandelter Abfälle bis 2005 oder auch der Umgang mit Klärschlämmen sind politisch wichtige Fragen, die das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger oft ganz direkt betreffen.

Auch wenn die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Probleme auf dem Arbeitsmarkt derzeit in der politischen Diskussion im Vordergrund stehen, die Umweltpolitik ist und bleibt das Kernthema für uns Grüne. Ein Thema vor allem, an dem uns die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2006 noch vor allen anderen Themen messen werden.

Mein Ziel ist also: die Umweltpolitik mit der Akzentuierung des Gesundheits- und Verbraucherschutzes ein weiteres Stück voran zu bringen, und dies sowohl innerhalb der Fraktion als stellvertretende Koordinatorin des Fraktionsarbeitskreises Umwelt, als auch im Bundestag als Mitglied des Umweltausschusses und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Verbraucherschutz, Gesundheit und Familie.



Antje Vogel-Sperl

Platz der Republik 1, Berlin
Mitarbeit: Rainer Brohm
(Chemikalienpolitik, Umwelt und Gesundheit, Verbraucherschutz), Michael Weltzin
(Abfallpolitik, Kreislaufwirtschaft, ökol. Bauen), Tel. 030/227-72215, Fax -76234
antje.vogel-sperl@bundestag.de
Wahlkreis: Jörg Köhler,
Tel. 07153/28166, Fax. 557085

„Von allen Gründen für diesen Einsatz ist der unausgesprochene, tiefste und aussichtsloseste, den 11. September in unseren Herzen auszulöschen.“
Die „New York Times“ zum Irak-Krieg, 20. März 2003

KRIEG IM IRAK – MEHR INFOS FINDET IHR HIER:

www.gruene.de (Homepage von Bündnis 90 / Die Grünen)

www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_dok/0,,3526,00.htm (Hier bekommt ihr einen Newsletter der Partei: „Extra-Info-Dienst IRAK“ abonnieren)

www.berlinonline.de/berliner-zeitung/meinung/228367.html (Ein Kommentar aus der Berliner Zeitung vom 19. März: Danke, Mr. President)

www.amnesty.de (Infos, Berichte, Positionen von Amnesty International)

www.drk.de (Humanitäre Lage etc., besonders) <http://www.drk.de/presseinfo/dateien/319.html>

www.ippnw.de (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e V.)

www.publik-forum.de (Umfangreiche Hintergrundinfos in Irak-Dossier)

www.friedensratschlag.de (Homepage von AG Frieden der Uni GH Kassel mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag, auch) www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/Chronik/Welcome.html (Chronik eines angekündigten Krieges)

www.swp-berlin.de (Hintergrundinfos von der Stiftung Wissenschaft und Politik / Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit)



Mit Dosenpfand gegen den Verpackungswahnsinn

von Antje Vogel-Sperl

Trotz aller Widerstände von Seiten des Handels und der Getränkeabfüller: Seit dem 1. Januar 2003 gilt die Pfandpflicht auf **E i n w e g - G e t r ä n k e -**verpackungen. Jetzt wird das Pfand einheitlich nach ökologischen Kriterien ausgerichtet. Der Bundesumweltminister und Vertreter der Länder haben sich auf Eckpunkte verständigt: Ökologisch nachteilige Einwegverpa-

ckungen wie Dosen, Glas und Kunststoff sollen bepfandet werden; vorteilhafte Einweg-Getränkverpackungen wie der Getränkekarton und der Schlauchbeutel für Milch werden von der Pfandpflicht ausgenommen.

Auf die Mehrwegquote als auslösendes Element für die Pfandpflicht soll künftig verzichtet werden. Wie bisher auch, sollen

Wein (inklusive Perl-, Schaum-, Wermut- und Dessertweine), Spirituosen sowie bestimmte diätetische Lebensmittel von der Pfandpflicht ausgenommen werden. Die Umsetzung der Eckpunkte wird dazu beitragen, dass in Zukunft vorrangig ökologisch vorteilhafte Verpackungen verwendet und damit der Verbrauch unnötiger Ressourcen eingeschränkt werden.



Bundesumweltminister Jürgen Trittin und seine grünen Mitstreiterinnen und -mitstreiter haben es geschafft: Das Dosenpfand ist Wirklichkeit

Angekündigte Reformen tragen grüne Handschrift

von Alex Bonde

In seiner Regierungserklärung machte der Bundeskanzler die Senkung der Lohnnebenkosten zu einem zentralen Ziel beim Umbau aller sozialen Sicherungssysteme (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rente und Arbeitslosenversicherung). Wir Grünen unterstützen dieses Ziel ausdrücklich, um die Substanz des Sozialstaates erhalten und gleichzeitig Anreize für neue Arbeitsplätze setzen zu können.

Wichtig ist und bleibt die Generationengerechtigkeit. Auch wir Grünen haben darauf gedrängt, dass zusätzliche Investitionen nicht über neue Schulden finanziert werden, denn wir halten am Konsolidierungskurs fest. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet genügend Spielraum, um auch in konjunkturell schwierigen Zeiten agieren zu können.

Mit den Reformvorschlägen für den Arbeitsmarkt, von der Mittelstandsinitiative über den Bürokratieabbau bis hin zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat der Bundeskanzler grüne Forderungen aufgegriffen. Wir Grünen sind uns darüber im Klaren, dass diese Reformen für viele schmerzhaft sein werden. Aber die Reformen sind notwendig, um soziale Grundstrukturen unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen zu erneuern und Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen.

Auch im Gesundheitswesen sind tiefe Einschnitte nicht vermeidbar, wenn die Lohnnebenkosten wirksam gesenkt werden sollen. Wir Grünen haben uns innerhalb der Regierung dafür eingesetzt, dass mit dem Krankengeld, das Menschen erhalten, die länger als sechs Wochen

krank sind, eine klar abgrenzbare Geldleistung in eine privat finanzierte Pflichtversicherung überführt wird. Damit werden auch in Zukunft sowohl die Behandlung nach Unfällen wie die Zahnbehandlung zum Leistungskatalog der Krankenversicherung gehören.

Um Deutschland aus der gegenwärtigen Lage, die vor allem von Unsicherheit über die Zukunft geprägt ist, herauszuholen, bedarf es dieses umfassenden Maßnahmenpaket - aber auch eines gesamtgesellschaftlichen Reformwillens. Die Lobby derer, die sagen Reformen ja, aber nicht mit uns, muss einlenken.

Wir brauchen eine Allianz mit den Bürgerinnen und Bürgern, wir brauchen wieder das Interesse am Ganzen, am Gemeinwohl, dann können wir es schaffen.

„Die Reformen werden für viele schmerzhaft sein, aber sie sind notwendig.“



Zukunft der Gemeinden sichern von Kerstin Andreae

Mitte Januar wurde ich von der Fraktion einstimmig zur kommunalpolitischen Sprecherin gewählt.

Mit der Etablierung einer Ansprechpartnerin für die Gemeinden erfüllen wir deren langgehegten Wunsch, eine verantwortliche Anlaufstelle für kommunalpolitische Anliegen auf Bundesebene zu schaffen.

Wir wollen die Kommunen stärken und ihren An-

liegen mehr Gewicht einräumen. Bundespolitische Initiativen müssen verstärkt auf ihre Auswirkungen auf die Kommunen geprüft werden. Wichtig ist hier die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips. Diese wurde nun im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgeschrieben.

Die Reform der Gemeindefinanzen ist eines der wichtigsten Reformprojekte. Unser Ziel ist eine

Verstärkung der kommunalen Finanzkraft.

Ich habe diese Aufgabe vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen im Freiburger Gemeinderat und meiner jetzigen Arbeitsschwerpunkte im Finanzausschuss sehr gerne übernommen. Als ehemalige Gemeinderätin und Volkswirtin will ich mein Wissen und meine Arbeitskraft zugunsten der Kommunen einbringen.



Kerstin Andreae ist künftig die Anlaufstelle für kommunalpolitische Anliegen. Ihr wichtigstes Projekt: Die Reform der Gemeindefinanzen

Bundesverkehrswegeplan - Wunsch und Wirklichkeit von Winfried Hermann

Die Bundesverkehrswegeplanung geht in die letzte Runde. Ende März 2003 wird das Bundesverkehrsministerium den Entwurf an die anderen Ministerien und die Fachverbände zur Stellungnahme geben. Im Frühsommer wird es - nach Einarbeitung der Stellungnahmen - einen Kabinettsbeschluss geben, der die parlamentarische und öffentliche Debatte eröffnet. Ende 2003 und Anfang 2004 werden dann Bundestag und Bundesrat entscheiden.

Für diese Schlussrunde machen wir Vorschläge, welche Projekte wir Grüne in Ba-Wü wollen, aber auch welche wir nicht wollen. Dazu haben wir eine Liste erarbeitet, die nur die wichtigsten Projekte aufführt. Diese Liste ist der realistische Gegenentwurf zum verantwort-

ungslosen und überdimensionierten Wunschzettel der Landesregierung. Teufel und Müller haben (Stand 11. März 2003) Projekte im Umfang von rund 8,5 Milliarden angemeldet. (Die erste Liste im Juni 2000 hatte sogar das Volumen von über 11 Milliarden). Aber auch diese nachgebesserte Wunschliste von 8,5 Milliarden enthält mehr als doppelt so viel wie dem Land an Mittel zusteht.

Für den Planungszeitraum bis 2015 geht der Bund von der großzügigen Summe von 4,5 Milliarden aus, die sich aus jährlich rund 300 Millionen auf 15 Jahre ergibt. Davon muss das Land fast 1 Milliarde für die Refinanzierung bereits durch Kredite gebauter Projekte verwenden. Während also jeder objektive Beobachter nur von

einem Spielraum von 3,5 Milliarden ausgehen muss, packt die Landesregierung auf ihren Wunschzettel sogar noch ein paar Milliarden drauf. Unsere Liste dagegen zeigt dem Verkehrs(wünsche)minister Müller, dass die Grünen einen besseren Überblick haben.

„Die Wunschliste der Landesregierung enthält mehr als doppelt soviel wie dem Land an Mitteln zusteht.“

Ausführlichere Informationen zur Bundesverkehrswegeplanung findet ihr in einem gesonderten Word-Dokument im Anhang von SÜDWEST GRÜN. Winfried Hermann hat die wichtigsten Projekte in Ba-Wü samt Kostenplanung als Tabelle zusammengestellt.



Nettokreditaufnahme bleibt wie geplant bei 18,9 Milliarden von Alex Bonde

Seit der 2. und 3. Lesung des Bundestag zum Bundeshaushalt 2003 vom 20. März, steht fest: Der Haushalt 2003 ist verfassungsfest. Die Nettokreditaufnahme für 2003 liegt mit 18,9 Milliarden Euro wesentlich unter dem Investitionsvolumen von 26,7 Milliarden Euro und damit deutlich unterhalb der in Artikel 115 GG festgelegten Verschuldungsgrenze. Dies ist eine Reduzierung gegenüber dem Ergebnis 2002 von immerhin rund 13 Milliarden Euro. Mit diesem Haushalt leistet der Bund auch seinen Beitrag zur Einhaltung des 3-Prozent-Maastricht-Kriteriums.

Angesichts des Irakkrieges ist noch nicht klar, ob es zu Verschiebungen innerhalb des Bundes-

haushaltes kommt. Weiterhin ist nicht sicher, ob zusätzliche Stabilisierungskonzepte im Euroraum erforderlich werden, um mögliche ökonomische Zusatzbelastungen aufzufangen. Bei nüchterner Betrachtung sind wirtschaftliche Negativ- wie Positiv-Szenarien möglich. Keiner kann in der jetzigen Situation die Auswirkungen vorhersagen.

Wir halten deshalb an unserem Ziel, bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, fest. Dabei ist die konsolidierende Finanzpolitik jedoch keine reine Sparpolitik. Sie will die Strukturen des Bundeshaushalts und die Beschäftigungssituation verbessern. Die Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung sind dabei die wesentli-

chen Bausteine zur von der EU geforderten Reduzierung des deutschen strukturellen Defizits.

Zugleich werden die Investition mit 26,7 Milliarden Euro auf hohem Niveau mit entsprechenden Beschäftigungseffekten gehalten. Ebenso hoch bleiben zukunftssichernde Ausgaben für Familie, Bildung und Forschung, sie werden sogar zum Teil verstärkt. So stellt der Bund bis zum Jahr 2007 ein Investitionsvolumen von 4 Milliarden Euro für zusätzliche 10.000 Ganztagschulen bereit. Weitere Schwerpunkte sind u.a. die Verbesserungen der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes, die Fortführung der Agrarwende und die Intensivierung von Maßnahmen für Energieeinsparungen.

Kommentar: Die CDU am Scheideweg

Die Union muss sich entscheiden, ob sie konstruktiv an der Reformpolitik Deutschlands mitarbeiten, oder durch ihre Blockadehaltung aus reinem Parteikalkül zum Stillstand beitragen will. Die Kakophonie der unkoordinierten Einzelstimmen, die gleichzeitig Steuersenkung in großem Umfang, Geschenke an die eigene Klientel und die Verhinderung von Subventionsabbau fordern, wirft die Frage auf, ob die realen Probleme, in denen sich Deutschland zur Zeit be-

findet, von der Union überhaupt verstanden werden.

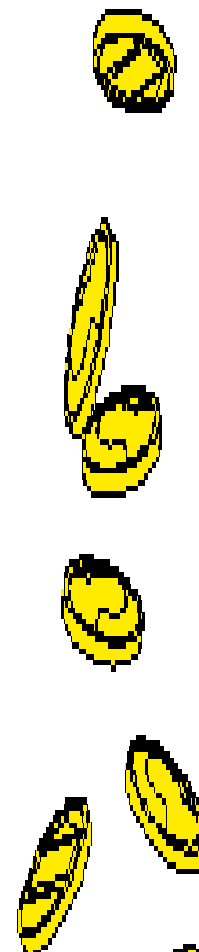
Die Opposition hängt noch immer dem Traum nach, dass unter einer unionsgeführten Regierung das Wirtschaftswachstum explosionsartig auf 10 % hochschnellen würde. Nur so läßt sich die Blockadehaltung beim Steuerergünstigungsabbaugesetz erklären.

Bei einer Ablehnung des Gesetzes würden den öffentlichen Haushalten Einnahmen von 3,5 Mrd.

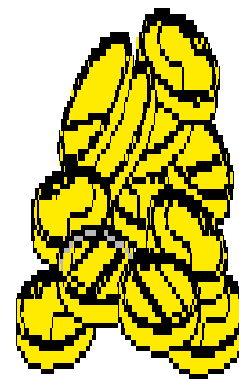
€ für 2003 und rd. 10 Mrd. € im Jahr 2004 vorzulegen werden.

Gerade die nicht abschätzbaren Folgen des Irakkrieges bedeuten jetzt, dass wir bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Senkung der Lohnnebenkosten und der Reform der Sozialversicherungssysteme große Schritte nach vorne machen müssen.

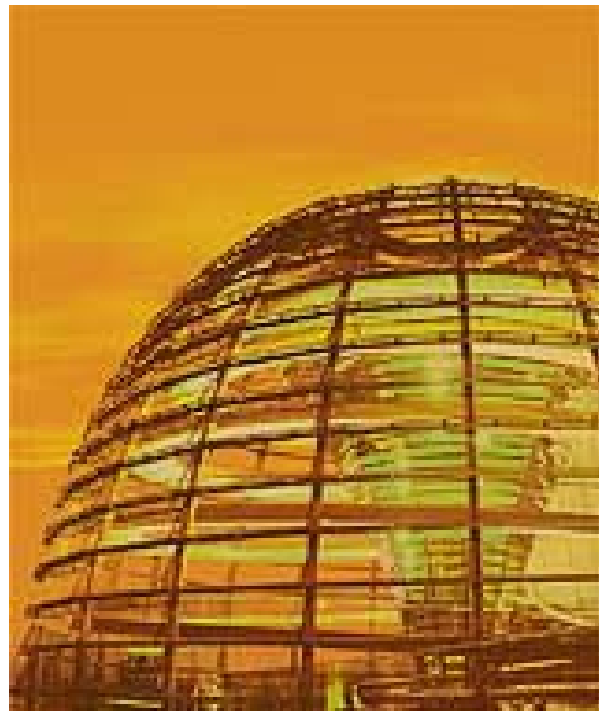
Haushaltskonsolidierung, soziale Gerechtigkeit und Innovation schließen sich nicht aus.



„Wir halten an dem Ziel bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen fest. Dabei ist die konsolidierende Finanzpolitik keine reine Sparpolitik, sondern verbessert nachhaltig die Strukturen des Bundeshaushalts.“



MEHR INFOS
GIBT'S UNTER
WWW.
GRUENE-
FRAKTION.DE



Euer Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN Wer, Wie, Was und Wo?

In Zukunft werden wir euch etwa drei- bis viermal jährlich durch den Rundbrief **SÜDWEST GRÜN** direkt aus der baden-württembergischen Landesgruppe der bündnisgrünen Bundestagsfraktion mit Nachrichten und Informationen aus der Hauptstadt versorgen.

SÜDWEST GRÜN wird nur via Internet als pdf-Datei versandt. Das heißt,

dass **SÜDWEST GRÜN** ganz einfach mit Acrobat Reader geöffnet werden kann. Ihr könnt den elektronischen Rundbrief natürlich gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an *alexander.bonde@bundestag.de* auf-

nehmen lassen. Ein einfaches „*In den Verteiler SÜDWEST GRÜN*“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten. Ihr seid unser wichtigstes Binde-

glied nach Hause. Für uns ist es natürlich wichtig zu wissen, was euch ganz konkret „auf den Nägeln brennt“. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Auch eure Ideen und euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer Parlamentsarbeit.

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Redakteurin: Tina Hüttl, Mitarbeit: Gudrun Lux, Boris Ruf

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227-76991

E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de



Bundestagsfraktion